

2658/J XX.GP

ANFRAGE

des Abgeordneten Anschober, Freundinnen und Freunde
an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten

betreffend Berggesetz - willkürlicher Schotterabbau in Oberösterreich

Seit 1990 ist in Österreich ein mittlerweile völlig antiquiertes Berggesetz gültig, das
zur beinahe völligen Entmündigung von Anrainern und betroffenen Gemeinden bei
Schotterabbauprojekten führt. Vielfach wurde seitens des Wirtschaftsministeriums in
diesen 7 Jahren eine Novellierung des Berggesetzes mit einer umfassenden
Demokratisierung und effizienten Parteistellungsrechten versprochen. Bis zum
heutigen Tag ist diese Reform ausgeblieben.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für
wirtschaftliche Angelegenheiten folgende schriftliche

ANFRAGE:

1. Existieren konkrete Planungen seitens des Wirtschaftsministeriums eine Reform
des Berggesetzes vorzulegen? Wenn ja, in welchen konkreten Details und in
welchem Zeitraum?
2. Plant das Wirtschaftsministerium die Schaffung einer echten Parteistellung für
Gemeinden? Wenn ja, zu welchen konkreten Zeitpunkt? Wenn nein, warum
nicht?
3. Plant das Wirtschaftsministerium eine Angleichung der Parteistellungsrechte
betroffener Bürger an die herkömmlichen Umweltverfahren? Wenn ja, zu
welchem konkreten Zeitpunkt? Wenn nein, warum nicht?
4. Welche konkreten Schotterabbauprojekte wurden in Oberösterreich seit der
Novellierung des Berggesetzes 1990 genehmigt, um welche Gesamtfläche und
um welche Gesamtmenge von Schotter und Kies handelt es sich dabei?

5. Wie hoch ist der jährliche Schotter- bzw. Kiesverbrauch in Oberösterreich derzeit?
6. Welche Informationen liegen dem Wirtschaftsminister über die Vorbereitungen eines Kiesleitplanes durch das Land Oberösterreich vor?